

# Saale-Beitung.

Anzeigen werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von welchen Anzeigebestellern und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntheit die Zeile 80 Pf. Einmal wöchentlich 10 Pf. Sonntags und Feiertagen einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis  
Mr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
jährl. Bestellung 2,75 M., durch  
die Post 3 M. monatlich 2 M.,  
einmalig 1 M., ohne Postnachsch.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.  
Nr. 5332 des amtl. Zeit.-Verz.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
S. V. Albert Gehring in Halle.  
Verantwortungsbearbeiter: Berlin, Leipzig, Magdeburg u.  
Kiel (H.-Str. 176).

Nr. 326. Halle a. d. Saale, Donnerstag den 15. Juli. 1897.

## Deutsches Reich.

### Sof- und Personalnachrichten.

**Berlin, 15. Juli.** Der Kaiser mit der „Sachsenpolen“ ist gestern um 8 Uhr 40 Minuten in Bergen angekommen, von den Festungswerten mit 2 Salutschüssen begrüßt, gleichzeitig „Gesinn“ und „Torpedoboot 23“. Die Verkleidung des Kaisers am Auge befindet sich zwar in voller Heilung, macht aber doch noch Behandlung notwendig. Dem Vernehmen nach geht die Kaiserin am Sonntag nach Kiel ab. — Die Verlede des jungen v. Scharff ist noch nicht geborgen. Der Kaiser veranlaßt alsbald nach der Ankunft in Bergen eine telegraphische Verbindung der „Sachsenpolen“, welche Kabel mitschleift, mit dem Festlande. Die gestern auch von uns erwähnte Mitteilung der „Kön. Volkzeitung“, der Kaiser habe in Travemünde zu den Staatssekretären und Ministern gelagt, der Reichskanzler gelte ihm in der Schrift zu verlassen, können die „Mittl. N. N.“, die in dieser Hinsicht als gut informiert gelten können, als unzutreffend erklären.

### Das Klassen-Wahlrecht.

Ueber die Auslegung der Berliner Kommunal-Wahlerechtsliste erläßt der Reichsminister eine Bekanntmachung, aus der in Ergänzung der vor einigen Tagen gegebenen Zusammenstellung folgendes hervorgeht:

Die Gesamtsumme der für die Abstellungsbildung zusammengetragenen Steuern beträgt 47,300,244,82 M. Nach der hiernach bewirkten Feststellung der drei Abteilungen gehören zur 1. Abteilung diejenigen Wähler, welche mindestens einen Steuerbetrag von 451 M. zahlen; die 2. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 454,20 M. und schließt mit einem solchen von 869,20 M. ab, während die 3. Abteilung mit dem Steuerbetrage von 869,20 M. anfängt.

Diese wenigen Ziffern zeigen deutlich, zu welchen unvertretlichen Verhältnissen die allmähliche Verschärfungen des Wahlrechts vermöge der Verbindungen in der Steuerzahlung geführt haben. In Berlin muß man mehr als 869 Mark jährlicher Steuer bezahlen, um Kommunalwahlrecht zu erlangen; mit einer jährlichen Steuerzahlung von 869 M. gehört man zur dritten Klasse! Das ist nicht mehr ein nach der Steuerzahlung abgestuftes Wahlrecht, sondern es ist ein für die große Masse der Bevölkerung gleiches Wahlrecht, aber verschleiert durch eine maßlose Verwertung einer verhältnismäßig kleinen Anzahl reicher Leute, die zwei Drittel der Stadtverordneten zu wählen haben. Ähnlich verhält es sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, nur daß hier in den großen Städten noch die Sinnlosigkeit hinzukommt, welche durch die Klasseninteilung innerhalb des einzelnen Wahlbezirks entsteht; dadurch ist man mit der nämlichen Steuerzahlung in der einen Straße Wähler dritter Klasse, und wenn man ein paar Straßen weiter geht, Wähler erster Klasse. Die Regierung aber läßt mit olympischer Ruhe erklären, daß von der Ansicht, diesen Verfall des Klassen-Wahlrechts endlich entgegenzuwirken, „nichts bekannt“ sei. Warum sollte sie auch? Schlechter kann sie das Wahlrecht ja doch nicht mehr machen.

### Das preussische Staatsbahnetz.

Hatte sich von 1870 bis Ende 1890/91 mehr durch Verstaatlichung von Privatbahnen, theils durch Eröffnung neuer Strecken von 3195,17 km auf 24,708,15 km, darunter 6309,49 km oder 25,4 Proz. Nebenbahnen mit 3881 Stationen erweitert. Das Anlagekapital bezifferte sich auf 6,393,451,775 M. und vergrößerte sich in dem gedachten Jahre um 5,26 Proz. Am Schlusse des Etatsjahres 1895/96 waren 27,199,91 km, darunter 3265,98 oder 30 Proz. Nebenbahnen im Betriebe. In dem Etatsjahre 1897/98 soll die Betriebslänge 28,137,44 km, darunter 9184 km Nebenbahnen, erreichen. In diesem Zeitraume von sieben Jahren hat das Staatsbahnetz einen Zuwachs von 4489,29 km zu verzeichnen, und zwar ausschließlich durch Verstaatlichung der großen Privatbahnen der Rhein- und auf den Ausbau neuer Nebenbahnen mit 2575 km Gesamtumlänge. Die Zahl der Eisenbahnstationen betrug bei Schluß des Jahres 1895/96 4520 und war daher von 1890/91 ab um 869 gestiegen. Das Anlagekapital betraute sich zu dem bezeichneten Zeitpunkt auf 7,002,926,027 M. und hat sich im Rechnungsjahre 1895/96 mit 6,75 Proz. vermindert. Das Anlagekapital war mithin seit 1890/91 um rund 600 Millionen M. gestiegen, die Verzinzung des Anlagekapitals aber hatte sich um nicht weniger als 1,49 Proz. gehoben. Die Betriebseinnahmen betragen 1895/91 im ganzen 889,488,153 M. oder 36,014 M. auf das km Betriebslänge. Sie sind bei 1895/96 auf 1,039,420,046 oder 38,468 M. auf das km gestiegen. Die Einnahme aus dem Personenverkehr stieg in dem bezeichneten Zeitraum von 228,751,969 M. auf 273,901,836 M., also um 45,149,867 M., oder auf das km von 9488 auf 10,375 M., also um 892 M. Die Einnahme aus dem Güterverkehr stieg gleichzeitig von 610,047,161 M. auf 697,206,208 M., also um 87,158,967 M., auf das km von 24,795 M. auf 25,899 M., also um 1104 M.

Ein wesentlich anderes Bild giebt die Entwicklung der Betriebsausgaben. Sie stellten sich 1890/91 auf 663,614,193 M., oder 22,496 M. auf das km und stiegen im Jahre 1891/92 auf 601,847,405 M. oder 24,010 M. auf das km. Sie sind von da ab trotz der Steigerung des Betriebes stetig gesunken und zwar abgesehen von 1895/96, die Beträge 1892/93: 581,052,879 M., oder 22,335 M. auf das km, 1893/94: 579,163,279 M., bzw. 22,472 M., 1894/95: 570,523,588 M., 21,817 M., und 1895/96: 568,951,358 M., 21,094 M. Die Betriebsausgaben haben sich somit um nahezu 3000 M. oder mehr als 12 Proz. auf das km ermäßigt, während gleichzeitig die Betriebs-einnahmen um

nahezu 2500 M. auf das km gestiegen waren. Die Folge davon war eine stetige Zunahme des Ueberschusses und zwar sowohl absolut als relativ. Von dem niedrigsten Stande des Jahres 1891/92 mit 317,884,260 M. oder auf das km 12,680 M. hat sich der Ueberschuß im Jahre 1895/96 auf 469,468,689 M., auf das km 17,374 M., mithin um nicht weniger als 151,584,429 M. und 4694 M. auf das km gesteigert. Und zwar ist dabei die Verminderung der Betriebsausgaben, wie schon gesagt, ein noch erheblicherer Faktor gewesen als die Hebung des Betriebes.

### Verwaltung und Rechtspflege.

\* Man darf mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß das in konservativ-agrarischen Kreisen aufgelegte Reformprogramm für die Post- und Telegraphen-Verwaltung thatsächlich nicht das Programm des neuen Staatssekretärs v. Pöbbeckel ist. Es ist, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, auch nicht anzunehmen, daß dieser so plötzlich ernannte Chef der Postverwaltung sein Amt bereits mit einem fertigen Programm übernommen hat. Er wird jedenfalls in seiner amtlichen Stellung die Interessen der Allgemeinheit und nicht die ihm etwas aufdringlich nahe gelegten Ideen und Wünsche seiner bisherigen Parteigenossen pflichtgemäß zur Rücksicht nehmen. Daß er in den Geschäftsbereich des Reichsministeriums sei, hat Herr v. Pöbbeckel schon vor seiner Ernennung zum Leiter eines der wichtigsten Verwaltungen selbst zu betonen geliebt. Es ist möglich, daß sich in einzelnen Punkten seine Anschauungen mit denen der erwähnten Reform-Programme berühren, vielleicht in dem Grundgedanken, daß mit denselben Mitteln oder sogar mit geringeren Mitteln in Post- und Telegraphenwesen die gleichen oder noch höhere Leistungen erzielt werden könnten. Wie sich das Grundgedanke verwirklichen läßt, muß man abwarten. Am sich bei der Grundlegung, mit möglichst wenig Kraft die höchsten Leistungen zu erzielen, ein ganz richtiger und läßt sich erreichen, wenn man die Kraft nicht auf Neben-sächlichkeiten vergeudet.

\* In einem Urtheil des Schöffengerichts Trautenfels in Sachen des Waldhüttenverwalters von Maria-Geborg Ellenberger ist ausgesprochen worden, daß es leider öfter vorkomme, daß von den geistlichen Herren in unwürdiger Weise auf den letzten Willen eingewirkt werde.

### Wirtschaftsstatistisches.

\* Aus einer der „Nat.-Ztg.“ angelegenen Nachschrift eines Landwirths, der Vertreter eines großen Güterkomplexes in Posen ist, ergibt sich, daß der Allgemeine deutsche Versicherungsverein gegen die sog. Haftpflicht in Stuttgart den Mitgliedern der Landwirthschaftskammern (sowohl wie den Mitgliedern des „Bundes der Landwirths“) bei der Versicherung ihres Grundbesitzes besondere Vergünstigungen bezüglich der Prämie gewährt. Der Versicherer der Haftpflicht hat die Versicherung abgelehnt mit der Begründung, daß er einem Verein nicht beizutreten vermöge, der, obgleich auf Gegenseitigkeit basirt, für gewisse Kategorien von Mitgliedern Vergünstigungen (auf Kosten der übrigen) zuläßt und auch Unterschiede zwischen großen und kleinen Besitzern und somit zwischen arm und reich macht. Die Mitglieder der Landwirthschaftskammern würden durch Annahme der Vergünstigungen ihre Pflicht bezüglich verletzen, da sie nicht die Interessen einzelner Kategorien von Landwirthern, sondern die aller Landwirths zu vertreten habe.

\* Von der Bestimmung des neuen nordamerikanischen Zolltarifs, wonach Zucker aus Ländern, die unmittelbar oder mittelbar eine Ausfuhrprämie gewahren, abgesehen von dem hohen nordamerikanischen Zollsaße fortan auch noch mit einem besondern Zollsatz belegt werden soll, würden zunächst das Deutsche Reich, Dänemark, Ungarn, Frankreich, Belgien und Holland betroffen werden. Mit Recht befragt man von dieser Bestimmung eine erhebliche Schädigung der Zucker-Ausfuhr dieser Länder, die überhaupt einen neuen, harten Druck auf den internationalen Zuckermarkt. Schon wiederholt ist der Versuch gemacht worden, die Abschaffung der Zucker-Ausfuhrprämien auf internationalen Wege herbeizuführen. Erschwert bisher immer daran, daß eine Einmüthigkeit unter den in Betracht kommenden Zuckerlandern nicht zu erzielen war und die Abänderung eines einzelnen Landes in dieser Frage alle anderen nöthigte, im Interesse ihrer Zuckerausfuhr die Prämien ebenfalls beizubehalten. Nunmehr ist dem Vernehmen nach vertraulich angeregt worden, nicht nur diese Verhandlungen von neuem aufzunehmen, sondern auch eine abermalige internationale Zuckerkonferenz einzuberufen.

### Schule und Kirche.

\* Eine bemerkenswerthe Rede hielt gestern in Wiesbaden bei seiner Verabschiedung der hier Berlin neu ernannte Professor der Sozialwissenschaft Dr. Reinhold. Dr. Reinhold gab eine Charakteristik der Stellung des Rathesoberstaatskunds und der gegenwärtigen Regierungspolitik, deren gemeinsames Ziel ihm in einer Ueberwindung der Möglichkeit, auf den Willen einzurücken, und in einer verkehrten Stellung zum Problem der Freiheit erblickt. Das wirksamste und vielfach allein vorhandene Mittel zur Lösung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Probleme sei nur die Freiheit. Bei Verpehrung der Monarchie sagte Reinhold: Das Königthum ist heute völlig unermöglich, große reformatorische Taten oder eine wirkliche Umwälzung in der Volkswirtschaft und in der Gesellschaft durchzuführen. Dies kann allein ein zwar regiertes, aber freies Volk. Nur auf einer — nicht formell, aber dem Wesen nach — demokratischen Grundlage ist der Versuch einer sühnen Sozialpolitik möglich. Die wesentlichen Züge seines Lehrbegriffes will er der Rede betrachten, der völlig sündigen Furcht vor

dem Sozialismus entgegenzutreten. Hinsichtlich der nächsten Wahlen glaubt Professor Reinhold, daß die einmüthige Frontstellung eines verärgerten Volkes gegen die Regierungsgewalt zum Ausdruck kommen werde. Die gegenwärtige Regierungsmethode sei eine Gefahr für Preußen und Deutschland. Das deutsche Volk werde durch die nächstjährigen Wahlen deutlich zeigen, daß es so nicht weiter regiert sein will. Die Rede wurde sehr beifällig aufgenommen.

### Parlamentarisches.

\* In Essen will der letzte Reichstagsabgeordnete Celsmuth sich nicht wieder kandidiren. Da die Sozialdemokraten mit einer Kandidatur des im Reichstagsbeschlusse Schreiber demonstriren wollen, die auf diesen abgegebenen Stimmen aber nutzlos sein würden, so würde der Nationalliberal oder der Centrumsmann bereits im 1. Wahlgange durchkommen. Für den Wahlkreis 9 Agentenvermittlung hat die Enttarnung eines Vertrauensmännchens Betreters, Abgeordneter Eugen Richter, für die bevorstehende Reichstagswahl proklamirt.

## Zusland.

### Die Ausfuhr der englischen Maschinenarbeiter.

Der Termin für die von den englischen Arbeitgebern des Maschinenbaues angeforderte Ausfuhr von Arbeitern war am Dienstag abgelaufen. 140 Firmen, davon 47 in London, sind laut telegraphischer Meldung dabei theilhaftig; etwa 10,000 Arbeiter werden arbeitslos, da nur einige kleinere Firmen den Maschinenbau bewilligt haben. Die Fabrikanten hatten keine Bemühungen zur Erzielung eines Kompromisses gemacht, da sie es für unmöglich halten, eine 45stündige Arbeitswoche zu gewähren, oder überhaupt eine Herabsetzung der Arbeitszeit. Herr Siemens von der Firma Weberei Siemens erklärte, daß fast alle von den Arbeitern zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages vorgebrachten Argumente sich nicht halten würden, die Fabrikanten sogar eine 45stündige Arbeitswoche einführen würden, einige Gewerbetreibende freilich schon nach vier Arbeitstagen. Herr Siemens betonte namentlich, daß die Fabrikanten der Maschinenbranche nie einig gewesen wären. — Die vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer hat ein neues Manifest erlassen. Es heißt in ihm u. a.:

„Neue tritt die Arbeitsperiode in Kraft. Es wird dadurch der Maschinen-Industrie ein schwerer Schlag zugefügt. Zahllose Tausende harnloser und hilfloser Arbeitsleute und ihre Familien gerathen in das bittere Elend. Dennoch würden wir, selbst wenn wir selbstthätige Motive hätten, als organisierte Arbeiter keine Ursache zum Bedauern über das Geschehene haben, da die Arbeiter und ihre Familien durch die Einführung des achtstündigen Tages im längst theoretisch dargestellt worden. Eine sühne und humanitäre Arbeitgeber haben ihn eingeführt zum großen Vortheil ihrer Arbeiter und ohne eigenen Verlust. Dem Geiste des gewöhnlichen Mannes haben aber immer der Gedanke von vermindertem Production, von ausländischer Konkurrenz und andere Gespenster vorgeschwebt. In den Staatsverträgen haben die Maschinenbauer ihr Ungemüthe auf die Verengung der Arbeitszeit gerichtet. Diese ist wegen der besonderen ländlichen Wohnungsverhältnisse und Entfernungen zur Wohnstätte geboten. Der Arbeiter ist wegen der Erhöhung der Mieten immer weiter in die Vorstädte gedrängt worden und wohnt weiter von der Fabrik entfernt als früher. Er bricht auf, aber mit gefülltem Bauch und ehe seine Familie nur aufgefunden ist. Er bleibt in seine Mühe zur Fortführung oder Beseitigung an den öffentlichen Angelegenheiten. Daher fordern die Londoner Maschinenbauer den achtstündigen Arbeitstag. Wer wird nun über die Kosten der verlangten Veränderung zahlen? Der Arbeiter fordert sie wohl dadurch weiterer Unterbrechungen während des Tages, entziehen, bessere Arbeiten und eine Erparnis an Gas, Kohlen, Schmiermitteln und anderen Produktionskosten. Die Arbeitgeber sagen, daß die Konkurrenz des Auslandes die Einführung des achtstündigen Tages nicht gestatten werde. Wenn der englische Maschinenbauer die Konkurrenz mit Frankreich, was nur die Hälfte seines Lohnes gezahlt wird, auszuhalten hat, so wird er sie auch auszuhalten vermögen, wenn der Arbeiter, von der er es zweifelhaft ist, ob sie die Produktionskosten erhöht oder nicht.“

Der Gewerkeverein wird 20,000 Pfd. Sterl. wöchentlich an Strafgebühren zu zahlen haben, in seiner Kasse befinden sich 350,000 Pfd. Sterl. Die Arbeiter büßen wöchentlich über 100,000 Pfd. Sterl. während des Kampfes ein. D' Havel, der Sekretär der Maschinenfabrikanten des West, erklärt:

Die Presse des Landes habe die Haltung der Fabrikanten meistens falsch aufgefaßt. Die Presse wisse nicht, was sich in der Maschinenindustrie der letzten zehn Jahre abgepielt habe. Nach der letzten Konferenz zwischen den Fabrikanten und den Vertretern der Arbeiter sollten die Arbeitgeber, daß beide lange Zeit mit einander in Frieden würden bestehen können, wenn die Konferenz auch nicht alle Streitpunkte beiläufig hätte klären können, so würde eine neue Frage, die Achtstundentage vom Gewerkeverein ins Feld geführt. Die Fabrikanten haben eingesehen, daß ihre Streitigkeiten mit den Arbeitern den Höchsten erreicht haben, daß es in ihrem eigenen, dem Interesse der Arbeiter und in dem des Landes ist, sich mit sie anzubringen zu versuchen, den Streit einigmal so weit auszubringen, wie nur möglich, um die Zeit der Arbeit zu abzurufen. Friede wird durch Krieg errungen.“ Das ist auch die Meinung der Fabrikanten in dem vorliegenden Falle, daher die Arbeitsperiode. Die Kesselmacher haben sich vom Kampfschluß zurückgezogen; deshalb wird ihnen durch





